

Humanisten engagieren sich in der Flüchtlingsarbeit

Über eine Million Flüchtlinge werden vorraussichtlich auch im nächsten Jahr nach Deutschland kommen. Die niedersächsische Landesregierung hat laut NDR.de angekündigt, dass es 2016 in Niedersachsen insgesamt mehr als 16.000 Plätze für Flüchtlinge in Erstaufnahmestellen geben soll.

Neben vielen anderen kirchlichen und sozialen Gemeinschaften ist selbstverständlich auch der Humanistische Verband gefordert und bereit, sich dieser besonderen gesellschaftlichen Herausforderung zu stellen und zu helfen. In Berlin beispielsweise hat der Landesverband im November vergangenen Jahres die Trägerschaft für ein Flüchtlingslager übertragen bekommen. In Bayern und Hessen haben sich die Humanisten sehr stark für Menschen engagiert, die in ihren Heimatländern aufgrund ihrer Weltanschauung als Humanisten bzw. als so genannte „Ungläubige“ vom Staat verfolgt werden und denen in einigen Fällen dort die Todesstrafe droht. Bereits Anfang Mai beschloss der Bundeshauptausschuss des Humanistischen Verbandes Deutschland (HVD) ein Papier, in dem „Humanistische Perspektiven zur Flüchtlingsaufnahme und -politik“ aufgezeigt werden.

Der HVD macht sich darin für eine ethisch-humanistische Aufnahmepolitik stark. „Deutschland müsse Schutzsuchenden aus Kriegs- und Krisengebieten großzügig Asyl gewähren“, heißt es in darin. Denn „Deutschland kann helfen – und sollte es auch“.

Der HVD fordert unter anderem, Schutzsuchenden großzügig Asyl zu gewähren. Dabei sollten sie nicht länger in Gemeinschaftsunterkünften sondern dezentral untergebracht und gleichberechtigt in das System der Sozialhilfe eingegliedert werden. Letzteres schließt auch die Aufnahme von Schutzsuchenden in die gesetzliche Krankenversicherung mit ein. Darüber hinaus vertritt der HVD die Ansicht, dass das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankerte „Recht auf Bewegungsfreiheit“ für alle gilt und die europaweit einmalige Residenzpflicht von Schutzsuchenden aufgehoben werden sollte.

In der Einleitung zu diesem Beschluss heißt es: „Der Humanistische Verband plädiert dafür, dass Deutschland eine ethisch-humanistische Aufnahmepolitik verfolgt und Schutzsuchenden aus Kriegs- und Krisengebieten großzügig Asyl gewährt. Gerade auch die historischen Erfahrungen mit der Bewältigung massenhafter Fluchtbewegungen der eigenen Bevölkerung in Folge der beiden Weltkriege beweisen, dass eine menschenwürdige Aufnahme Schutzsuchender mit politischer Bereitschaft sowie gesellschaftlicher Empathie und Offenheit möglich ist.“

Nach Auffassung des HVD wird das Flüchtlingselend in besonderem Maße durch die Abschottungspolitik der Europäischen Union verschärft. „Schutzsuchenden wird dadurch ein gefahrloser Zugang zur Asylbeantragung verwehrt. Es müssen dringend Möglichkeiten einer gefahrlosen Asylbeantragung, beispielsweise in Botschaften oder durch Einreise-Visa im Ursprungsland und in Transitländern, geschaffen werden. Die EU-Außengrenzen sind für die Opfer von Flucht und Vertreibung durchgängig zu machen.“

Gemeinsam mit der International Humanist and Ethical Union (IHEU) und der European Humanist Federation (EHF) setzt sich der HVD „für die uneingeschränkte weltweite Geltung der Gewissens-, Gedanken-, Meinungs- und Glaubensfreiheit ein, sowie dafür, dass die aufgrund ihres Glaubens oder Nichtglaubens bedrohten und verfolgten Menschen im Asylprozess die notwendige Aufmerksamkeit und sensible Behandlung erfahren.“

Betont wird, dass die Gewährung von Schutz für Flüchtlinge und Asylsuchende auch bedeutet, dass auf Dauer auch bessere Lebensbedingungen in den Heimatländern erreicht werden kann sowie „die Durchsetzung der Menschenrechte weltweit. Doch die Aufnahme Schutzsuchender kommt auch unserer eigenen Gesellschaft direkt zugute. Deutschland ist ein Einwanderungsland“ so das HVD Papier.

In dem Papier wird darauf hingewiesen, dass die deutsche Gesellschaft von den zahlreichen positiven Folgen der Einwanderung seit Jahrzehnten profitiert, „wie zum Beispiel von der demografischen Verjüngung und der kulturellen Bereicherung.“ Gleichzeitig wird dem kulturellrelativistischen Ansatz der „Multi-Kulti“-Verteidiger eine Absage erteilt: „Damit kulturelle Vielfalt ein Vorteil sein kann, muss sich unsere Gesellschaft aber auch deren Herausforderungen stellen. So ist beispielsweise auf die Sicherung von Chancengleichheit zu achten und die Entstehung von abgeschlossenen ‚Parallelgesellschaften‘ zu verhindern.“

Der Humanistische Verband fordert von allen Gleichgesinnten allerdings auch eigenes Engagement: „Eine echte Willkommenskultur für Menschen aus anderen Ländern und Kulturen muss nicht nur von den politisch und administrativ Verantwortlichen gestaltet, sondern insbesondere auch von der gesamten Gesellschaft vor Ort gelebt und getragen werden. Dafür ist die innere Haltung jedes einzelnen Menschen von Bedeutung. Eine humanistische Willkommenskultur setzt die ehrliche Auseinandersetzung mit den eigenen Vorbehalten und Ängsten sowie eine wohlwollende Neugier gegenüber vermeintlich Fremdem und Neuem voraus.“ Jegliche Form von rassistischen, fremdenfeindlichen und diskriminierenden Äußerungen, Handlungen und Strukturen lehnen die Humanisten deshalb strikt ab.

„Eine erfolgreiche Inklusion der Schutzsuchenden ist für uns alle wichtig. Dabei geht es nicht um eine einseitige Anpassung der Menschen mit Migrationshintergrund an eine wie auch immer geartete deutsche Lebenskultur, sondern um ein aufeinander Zugehen und die gegenseitige Bereicherung von Menschen mit Kulturen und Identitäten im Rahmen des deutschen Grundgesetzes. Bestehenden Ängsten ist durch Aufklärung entgegenzuwirken.“

Gefordert wird auch eine Änderung bei der Unterbringung von Schutzsuchenden. „Jeder Mensch hat ein Recht auf Privatsphäre, erst recht in Notsituationen. Die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften kann aus humanistischer Perspektive daher nur eine Notlösung sein. Eine Alternative ist die dezentrale und kommunale Versorgung mit Wohnraum. Diese bietet nicht nur die Möglichkeit, auf den aktuellen Mangel freier Aufnahmekapazitäten zu reagieren, sondern ist auch für die Inklusion förderlicher, schützt die Privatsphäre und begünstigt die Eigenständigkeit der Schutzsuchenden.“ Eine weitere Forderung betrifft die Aufhebung der sogenannten Residenzpflicht: „Die Einschränkung des Handlungs- und Gestaltungsspielraums von Schutzsuchenden durch die Residenzpflicht ist in Europa einmalig. Gemäß Artikel 13 in Verbindung mit Artikel 6 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, sind wir der Ansicht, dass das ‚Recht auf Bewegungsfreiheit‘ als Menschenrecht uneingeschränkt für alle Menschen unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus gilt.“

Angesichts der Tatsache, dass nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen derzeit über 50 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht sind, ist der Beschluss des Humanistischen Verbandes Deutschland mehr als notwendig.

In Niedersachsen plant der Humanistische Verband im Frühjahr 2016 auf dem Gelände der Landesaufnahmebehörde in Bramsche-Hesepe die Trägerschaft für einen Flüchtlingstreffpunkt zu übernehmen. Federführend ist dabei der Humanistische Verband vor Ort in Bramsche, wo sich Ehrenamtliche zusammengefunden haben, um Flüchtlingen zu helfen und ihnen Unterstützung anzubieten, wenn es darum geht, sich in ihrer neuen Heimat zurechtzufinden.

Aus diesem Grund habe ich heute Frau Anke Hennig eingeladen. Anke Hennig ist 1. Vorsitzende des Humanistischen Verbandes in Bramsche und stellvertretende Präsidentin des Humanistischen Verbandes Niedersachsen.

Guten Morgen Frau Hennig.

Guten Morgen Herr Steinecke.

Frage: Frau Hennig, vielleicht erklären Sie uns zunächst einmal, was die Landesaufnahmebehörde in Hesepe eigentlich ist und was dort passiert?

Die Landesaufnahmebehörde, kurz LAB Standort Bramsche wird seit Mitte Mai 2014 als Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende genutzt. Neben dem Standort Friedland dient Bramsche bei Bedarf auch als bundesweite Aufnahmeeinrichtung für Personen, die im Rahmen besonderer Aufnahmeaktionen (Gewährung vorübergehenden Schutzes) nach Deutschland einreisen.

Frage: Wieviel Menschen sind derzeit dort untergebracht?

Derzeit sind 3890 Personen dort untergebracht, davon 540 in Notunterkünften

Frage: Wie haben die Bürgerinnen und Bürger in Hesepe reagiert, als klar wurde, dass sehr viele Flüchtlinge zu ihnen kommen?

Da die Bevölkerung in Hesepe nun schon seit über 20 Jahren mit der Einrichtung lebt, früher war es ein sogenanntes Grenzdurchgangslager, war es eigentlich für fast alle kein großes Problem. Als allerdings die Zahlen eine Zeit lang auf über 5000 Menschen anstieg, gab es doch die ein oder andere Kritik, die die Stadt Bramsche und die mittlerweile neue Leitung der LAB immer sehr ernst genommen haben und nach kurzer Zeit Verbesserungen auf den Weg gebracht haben.

Frage: Sie sitzen ja auch im Stadtrat von Bramsche. Wie sind Sie dann vor Ort auf die Idee gekommen einen Treffpunkt zu errichten?

Die Stadtverwaltung ist auf mich zugekommen und hat mich gefragt, ob der Humanistische Verband vor Ort helfen möchte und kann. Es wurde ein Netzwerk gestartet, was unter der Leitung der Verwaltung, der Landesaufnahmebehörde stand. Die Idee einer Begegnungsstätte ist aus vielen verschiedenen Gesprächen hervorgegangen.

Frage: Was genau kann in dem Treffpunkt für Flüchtlinge getan bzw. angeboten werden?

Wir sind mit über 20 Freiwilligen dabei, verschiedene Projekte auf die Beine zu stellen. Zum Beispiel Deutschunterricht, Backen, Kochen, Begleitung zu Ärzten, und vieles mehr.

Frage: Wie lange bleiben die Flüchtlinge in dem Erstaufnahmelager?

Das kommt immer darauf an, wie lange es dauert, diese Menschen auf die Kommunen zu verteilen. Es sollten aber nur 6–8 Wochen sein.

Frage: Was benötigen die ankommenden Flüchtlinge Ihrer Meinung nach zunächst am nötigsten?

Ruhe und ein Dach über dem Kopf! Danach viele freundliche Menschen, die ihnen vor Ort mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Frage: Bekommen Sie Unterstützung vom Land/Politik/Kommunen? Gibt es finanzielle Unterstützung?

Finanzielle Unterstützung kommt hauptsächlich aus der Bevölkerung. Aber auch innerhalb des Verbandes haben einzelne Ortsverbände gespendet. Ich persönlich habe mir Hilfe von Doris Schröder-Köpf und ihren Leuten geholt. Aber auch Boris Pistorius hat uns bei unserem Projekt aus dem Hintergrund unterstützt. Durch deren Engagement war es, sagen wir mal etwas leichter, das Projekt Begegnungsstätte an den Start zu bringen

Frage: Woher kommt das ehrenamtliche Personal?

Die Menschen in Bramsche sind sehr engagiert! Das war eigentlich schon immer so. Daher war es auch kein Problem, so viele Freiwillige zu motivieren in und an der Begegnungsstätte zu arbeiten.

Frage Wer kann helfen? Oder besser gefragt: Wie können Interessierte helfen?

Jeder und mit viel Zeit! Das ist eigentlich das, was am meisten gebraucht wird. Zeit. Und natürlich mit Ideen für Beschäftigung. Die Menschen dort, langweilen sich sehr, und da kann es sehr hilfreich sein, einfach zu reden, sich auszutauschen oder aber auch zu kochen, spielen, und so weiter.

Frage: Inwiefern spielt die Humanistische Weltanschauung als nichtreligiöse Weltanschauung bei dem Umgang mit Menschen, die eine andere religiöse Herkunft haben, eine Rolle?

Die nichtreligiöse Weltanschauung spielt hier gar keine Rolle. Wir sind da, um humanitäre Hilfe anzubieten und nicht, um unsere nichtreligiösen Ansichten zu unterbreiten. Sicher sind wir, genau weil wir nicht religiös sind, sehr objektiv in der Arbeit mit den Flüchtlingen. Wir sind dazu da, den Menschen ein Stück weit in die Normalität zu helfen und Integrationsarbeit zu leisten.

Frage: Wie haben Sie die Abwicklung neu ankommender Flüchtlinge erlebt? Wo gab es Ihrer Meinung nach die meisten Probleme?

Ganz am Anfang des Ansturms seit September, war es sicherlich die Unterbringung. Danach kam dann auch schon gleich die Registrierung mit tagelangen Wartezeiten. Auch die ärztliche Versorgung war schlecht. Viel zu viel Bürokratie. Das hat sich aber mittlerweile sehr gut eingependelt. Vor allem in Bramsche. Dort gibt es ein medizinisches Zentrum, in dem täglich freiwillige Ärzte aus Bramsche die Untersuchungen und Behandlungen durchführen.

Frage: Welche Erfahrungen haben Sie persönlich im Kontakt mit den Flüchtlingen gemacht?

Ich habe selten so freundliche und dankbare Menschen getroffen!

Frage: Können Sie verstehen, dass die Menschen Ängste vor zu vielen Flüchtlingen haben?

Nein. Wir haben in Bramsche bislang nur positive Erfahrungen gemacht.

Frage: Was müsste Ihrer Meinung nach getan werden, um das Zusammenleben von Flüchtlingen und den Bürgerinnen und Bürgern künftig zu ermöglichen?

Gute Frage. Es sollte weiterhin Aufklärung stattfinden. Diese Menschen sind traumatisiert. Das muss immer wieder gesagt werden. Und um Integration zu gestalten, ist es wichtig die deutsche Bevölkerung auf diesem Weg mitzunehmen. Es sollte aber vor allen Dingen gelingen, die Leute zu verteilen und nicht alle auf engstem Raum unterzubringen. Ich habe einen Syrer kennengelernt, der jetzt in Esterwegen in einem Zweifamilienhaus mit 3 anderen untergebracht wurde und sich dort sehr wohl fühlt. Mitten im Dorf. Das empfinde ich als Zusammenleben!

Frau Hennig – Vielen Dank!